

Grosser Rat will Topverdiener nicht stärker belasten

Knapper Entscheid, die Juso-Initiative nicht zu unterstützen

Von Franziska Laur

Basel. Die Basler Parlamentarier kämpften einmal mehr mit harten Bandagen. Es ging um die Topverdienersteuer, lanciert von den Jungsozialisten, und darum, ob das Parlament diese zu einer Annahme empfehlen soll oder nicht. Bei Annahme der Initiative würde sich die Steuer für diejenigen Baslerinnen und Basler, die über 200 000 Franken verdienen, von 26 Prozent auf 28 Prozent erhöhen. Bei einem Einkommen ab 300 000 Franken müsste man 29 Prozent bezahlen.

Finanzdirektorin Eva Herzog (SP) sagte, sie habe die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Die Reform der Unternehmensbesteuerung (SV 17), die im Kanton aufgegleist sei, bringe schon eine Dividendenbesteuerung von 80 Prozent – die höchste landesweit. Daher erachte sie eine Erhöhung der Steuern für Besserverdienende als unnötig.

«Linksextrem und neidisch»

Die Bürgerlichen sprachen in der Folge von drohender Steuerhölle und linksextremistischem Anliegen: «Diese Initiative ist standortfeindlich und gefährlich», sagte Daniela Stumpf, SVP. Sie sprach von einer extremistischen Initiative, bei deren Annahme gute Steuerzahler den Kanton verlassen würden. So werde man unter dem Strich Steuersubstrat verlieren und nicht gewinnen. «Ist es Neid oder Missgunst?», fragte sie rhetorisch. Auf jeden Fall seien dies unredliche Ansätze für ein Begehren. Und überhaupt: «Viele Reiche leisten was im Sozialbereich, sie spenden viel und tun was für die Stadt.»

Ausserdem ärgerten sich die Bürgerlichen, dass die Linke, namentlich SP-Präsident Pascal Pfister, bei der Reform der Unternehmensbesteuerung zu einem Hinterzimmerdeal bereit gewesen sei, jetzt aber trotzdem für diese Besteuerung eintrete. «Bleiben Sie bei den Fakten», konterte Pfister. «Wir können nicht wegen dem Deal aufhören, Politik zu machen.» Man müsse trennen, was nicht zusammengehöre.

«Wir stehen für einen starken, effizienten Staat ein», sagte Pfisters Parteikollegin Sarah Wyss. Das habe nichts mit einer Steuerhölle zu tun, sondern mit einer moderaten Initiative. Und auf

lassen. «Basel wurde bis zum Jahr 2010 als Steuerhölle bezeichnet», sagte Christophe Haller, FDP. Erst ab dann habe man die hohe Besteuerung etwas abfedern können. Und André Auderset, LDP, sagte: «Die meisten haben die Gnade der späten Geburt. Doch einige haben erlebt, welches Desaster in den 70er-Jahren im Kanton Baselland die sogenannte Reichtumssteuer ange richtet hat.» Auch würde man in fast jeder Sitzung Luxusdinge beschliessen. «Es geht uns grausam gut. Weshalb will man jetzt noch mehr Mittel. Es gibt keinen Grund ausser Neid. Und das ist nie ein guter Ratgeber.»



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

die Frage von Patrik Hafner, SVP, warum die Fraktion der eigenen Regierungsrätin in den Rücken falle, sagte sie lapidar: «Die Fraktion nimmt eine andere Rolle ein als der Regierungsrat.»

Harald Friedl vom Grünen Bündnis gab sich im weiteren Verlauf der Debatte betupft: «Ich werde als Extremist angeschaut.» Dabei sei diese Initiative ein Kompromiss. «Wir hätten uns gewünscht, dass sie noch weiter geht. Wir müssen dafür besorgt sein, dass die Einkommensschere nicht noch weiter auseinander geht.» Und auf das Argument der Abwanderung der Reichen bei zu hohen Steuern, sagte er: «Wer Steuern optimieren will, hat den Kanton schon längst verlassen. Dafür gibt es genügend Beispiele.»

Doch die Bürgerlichen wollten solche Argumente nicht auf sich sitzen

Ein Deal kam nicht zustande

Patricia von Falkenstein, LDP, sagte etwas entnervt, eine solche Initiative komme alle Jahre wieder. Besserverdienende würden schon jetzt viel Steuern zahlen. «Schauen Sie doch nur im Fricktal oder im Solothurn, die zahlen alle weniger.» Sie sprach von einer Vogel-Strauss-Politik der Linken, die behaupten würden, es sei ein Märchen, dass niemand wegzieht.

Klar wurde in der Debatte auch, dass die Linken sauer sind, dass kein Gegenvorschlag zustande gekommen ist. «Sie hätten sich einsetzen können, damit ein Deal gefunden worden wäre», sagte Sarah Wyss an die Adresse des SVP-Vertreters Joël Thüring. «Das haben Sie nicht, Herr Thüring!»

Bei der Schlussabstimmung hielten sich die Befürworter und die Gegner mit 47:47 die Waage. Grossratspräsident Remo Gallacchi (CVP) löste darauf mit dem Stichentscheid eine Nein-Empfehlung für die Topverdienersteuer-Initiative aus.